



An Presseverteiler

Herausgeber:
DPoIG Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf

Telefon (0211) 93368667
Telefax (0211) 93368679

info@dpolg-nrw.de
www.dpolg-nrw.de

v.i.S.d.P.: Erich Rettinghaus,
Vorsitzender DPoIG NRW

Düsseldorf, 24.06.2022

Kein Applaus für den Zukunftsvertrag von CDU und Grünen

Noch vor den Sondierungsgesprächen von CDU und Grünen haben wir gemahnt
„Keinen Rückschritt bei der inneren Sicherheit“.

Für den Bereich Innere Sicherheit und Polizei tritt nun in Kenntnis des Werkes, neben einigen positiven Aspekten, eine erste Ernüchterung ein. Zwischen den Zeilen spürt man ein gewisses latentes Misstrauen in den Staat und seine Institutionen.

Wir befürchten, dass die Erfolge der schwarz/gelben Landesregierung nun auf der Kippe stehen, bzw. massiv verzögert und aufgeweicht werden könnten.

Wie hoch wird der Preis für Polizei und Justiz, für die Innere Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Menschen in NRW in den nächsten 5 Jahren sein?

Positiv

- Die konsequente Fortführung der Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder; dabei dürfen aber auch andere ebenso belastete Bereiche nicht vernachlässigt werden und im Bereich Kinderpornografie eingeführte Standards müssen auch dort gelten.
- Die Fortführung der hohen Einstellungszahlen -bis zu 3000- für die Polizei NRW insgesamt, inklusive der Einstellung von Regierungsbeschäftigten.
- Die Fortführung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Cybersicherheit.

Negativ

- Der Fokus liegt insgesamt vermehrt auf dem Bereich der Stärkung der Kriminalpolizei, was durchaus positiv ist, aber im Umkehrschluss werden die übrigen Direktionen GE und Verkehr benachteiligt. Da muss genau hingeschaut und nachgebessert werden!
- Die Verzögerung und weitere, unnötige Evaluierung der flächendeckenden Einführung des DEIG (Distanzelektroimpulsgerätes) bis 2024.
- Die Einführung eines im Landtag angesiedelten Polizeibeauftragten braucht NRW so nötig wie einen Kropf.
- Die Fortführung der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist leider weiter Landesziel und bei den hohen Einstellungszahlen nicht mehr erforderlich. Stattdessen sollte der öffentliche Dienst, um auch genügend qualifizierte Bewerber für alle polizeilichen Bereiche zu bekommen, attraktiver gestaltet werden und u.a. die Wochenarbeitszeit endlich wieder auf 38,5 Stunden angepasst werden. Ebenso sollte zügig das Zulagenwesen neu gestaltet werden.
- Verzicht auf das Instrument einer intelligenten Videobeobachtung an klar definierten Örtlichkeiten zur Bekämpfung der Kriminalität und Gefahren für die öffentliche Sicherheit. So wird es schwer mit besseren Aufklärungsquoten, der Verhinderung von Straftaten und einem weitgehend positiven Sicherheitsempfinden der Menschen in NRW.
- Gefahr einer Schwächung des Verfassungsschutzes durch zu viel „wissenschaftliche Begleitung und öffentliche Kontrolle“.
- Eine schriftliche Bestätigung einer polizeilichen Kontrollmaßnahme – *Quittung vor Ort?! –* mehr Bürokratie und weniger Zeit für die Einsatzkräfte, ist sicherlich nicht hilfreich für NRW und auch ein klares Zeichen deutlichen Misstrauens gegen die Polizei.
- Auch bei den Ausführungen zum Bachelor-Studium werden wir noch genau hinschauen. Wir lehnen weiterhin eine Y-Ausbildung strikt ab!

Das ist eine erste Einschätzung, die DPoIG NRW wird sich noch -nach den Parteitagendetailliert mit dem Koalitionsvertrag beschäftigen. Wir würden dem Vertrag nicht zustimmen und würden es begrüßen, wenn es zu Nachbesserungen auf den Parteitagen kommen würde.

v.i.S.d.P. Erich Rettinghaus, Vorsitzender DPoIG NRW